

Antrag 179/I/2025**SPDqueer Berlin Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Trans*, inter und nichtbinäre Menschen schützen und Reisefreiheit gewährleisten**

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika dafür einzusetzen, dass trans*, inter und nichtbinäre (TIN*-) Personen nicht aufgrund ihres Geschlechtsbeitrags bei der Einreise in die USA, bei der Visavergabe und während ihres Aufenthalts dort diskriminiert werden. Ebenfalls sollen die deutschen Auslandsvertretungen für die Problematik sensibilisiert werden und adäquate Hilfestellungen angeboten werden, z.B. durch eine laufend aktualisierte Internetseite mit den geltenden Regelungen für TIN*-Reisende sowie dauerhaft besetzte Kontaktmöglichkeiten per E-Mail und Telefon für TIN*-Staatsbürger*innen, die bei der Einreise oder während des Aufenthalts in Schwierigkeiten geraten. Mit den Auslandsvertretungen der anderen EU-Staaten soll hier eng kooperiert werden. Ebenfalls soll ein Konzept entwickelt werden für den Fall, dass Doppelstaatler*innen gezwungen sind, ihren Geschlechtseintrag in ihren US-Pässen zu ändern, sodass ihr Geschlechtseintrag trotz dieser Divergenz in den deutschen Pässen erhalten bleibt. Insgesamt soll sich die deutsche Bundesregierung und der Deutsche Bundestag entgegen der US-Partner*innen klar zu den Rechten von TIN*-Personen bekennen und diese regelmäßig zum Thema bei Konsultationen machen.

26

Begründung

27 US-Präsident Donald Trump und seine Regierung haben angekündigt, zukünftig TIN*-Identitäten nicht mehr anzuerkennen, und haben in ihrem Regierungshandeln offen den Kampf gegen TIN*-Personen eröffnet. Diese menschenverachtende Politik betrifft nicht nur viele Menschen in den USA, mit denen wir uns klar und deutlich solidarisieren, sondern auch Menschen, die in die USA einreisen wollen, um dort Urlaub zu machen, Verwandte und Freunde*innen zu besuchen oder zu arbeiten. Konkret besteht die Gefahr, dass die Geschlechtseinträge auf deutschen Pässen, insb. der Eintrag „divers“, nicht mehr anerkannt werden und die Einreise oder auch Visa verweigert werden. Es ist außerdem zu befürchten, dass dies ebenfalls zu Problemen bei Kontrollen nach der Einreise führen kann. Gleichzeitig drohte die Regierung Trump, dass US-TIN*-Personen ihren Geschlechtseintrag zurückändern müssen in den, der ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde. Dies stellt nicht nur einen inakzeptablen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen dar, sondern kann auch bei Doppelstaatler*innen zu Fragen führen, wenn beide Pässe unterschiedliche Geschlechts-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme. Überweisung LG im BT, Streichung Empfänger BPT (Konsens)**

Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika **sowie innereuropäisch und international** dafür einzusetzen, dass trans*, inter und nichtbinäre (TIN*-) Personen nicht aufgrund ihres Geschlechtseintrags bei der Einreise in die USA, bei der Visavergabe und während ihres Aufenthalts dort diskriminiert werden. Ebenfalls sollen die deutschen Auslandsvertretungen für die Problematik sensibilisiert werden und adäquate Hilfestellungen angeboten werden, z.B. durch eine laufend aktualisierte Internetseite mit den geltenden Regelungen für TIN*-Reisende sowie dauerhaft besetzte Kontaktmöglichkeiten per E-Mail und Telefon für TIN*-Staatsbürger*innen, die bei der Einreise oder während des Aufenthalts in Schwierigkeiten geraten. Mit den Auslandsvertretungen der anderen EU-Staaten soll hier eng kooperiert werden. Ebenfalls soll ein Konzept entwickelt werden für den Fall, dass Doppelstaatler*innen gezwungen sind, ihren Geschlechtseintrag in ihren US-Pässen zu ändern, sodass ihr Geschlechtseintrag trotz dieser Divergenz in den deutschen Pässen erhalten bleibt. Insgesamt soll sich die deutsche Bundesregierung und der Deutsche Bundestag entgegen der US-Partner*innen klar zu den Rechten von TIN*-Personen bekennen und diese regelmäßig zum Thema bei Konsultationen machen.

49 einträge haben sollten. Das System Trump baut darauf,
50 durch viel Unklarheit und eine nicht enden wollende Flut
51 an reaktionären Verordnungen Chaos und Verunsiche-
52 rung zu schaffen und man nicht weiß, ob solche oder wel-
53 che anderen Regelungen noch kommen könnten. Da aber
54 davon auszugehen ist, dass Trump und seine Regierung ih-
55 re Ankündigungen früher oder später wahrmachen, muss
56 die deutsche Bundesregierung jetzt schon handeln und
57 für alle Eventualitäten vorbereitet sein.

58

59 Selbstbestimmung ist endlich und zum Glück geltendes
60 Recht in Deutschland und es gehört nun auch zu den Auf-
61 gaben der deutschen Politik, dieses Recht international
62 umzusetzen, denn Selbstbestimmung ist nicht verhandel-
63 bar!